

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckerei: Reichliche Brosch.  
Verlags-Comptoir: 25 241  
Für die Redaktion: 20 011.

**Bezugs-Gebühr** vom 1. bis 15. Oktober 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung (mit Haus 1.50 Mk., Postzusatz für Monat Oktober 3 Mark ohne Postzusatzgebühren, Stanznummer 18 710011).  
**Anzeigen-Preise:** Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einmalige 20 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklameweile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Offertenblätter 10 Pfg. Zusätzl. Umlauf nach Tarifbestimmungen.

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle:  
Mariehofstr. 36 42.  
Druck u. Verlag von Wapich & Neumann in Dresden.  
Postfach - Anzahl 1088 Dresden.

Abdruck nur mit schriftlicher Genehmigung „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unberechtigter Abdruck wird nicht aufbewahrt.

Täglich  
Nachmittags-Tanztee

## EUROPAHOF

Restaurant

Vom 16. Oktober ab wieder jeden  
Sonnabend  
Gesellschafts-Abend

# Die Untersuchung von Germersheim.

Immer neue Gewalttaten von französischen Besatzungsangehörigen gegen wehrlose Deutsche. Amerikanische Kritik an der Rede Stresemanns. — Vorstoß Trozkis gegen die Sowjetregierung. — Große Spreitschiebungen aufgedeckt.

## Zusammenwirken der deutschen und französischen Behörden.

Berlin, 4. Oktober. Zu dem Germersheimer Zwischenfall wird uns von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß die Angelegenheit von deutscher Seite sofort nach Bekanntwerden der ersten Einzelheiten des Tatbestandes anhängig gemacht worden ist, und zwar sowohl vom Auswärtigen Amt der französischen Regierung gegenüber als auch vom Oberkommissar in Koblenz gegenüber der Rheinland-Kommission und den französischen Kommandostellen. Die diplomatischen Verhandlungen werden seitdem auf beiden Wegen fortgesetzt. Es kommt zunächst darauf an, mit größter Beschleunigung eine einwandfreie objektive Feststellung des Sachverhaltes herbeizuführen, der durch die bisherigen Erhebungen der deutschen und französischen Behörden noch nicht in allen Einzelheiten hinreichend aufgeklärt erscheint. Zwischen beiden Regierungen besteht Einverständnis darüber, daß die strafrechtliche Sühne dieses ersten Falles ein Zusammenwirken der zuständigen deutschen und französischen Organe und die Vernehmung aller von den deutschen Behörden namhaft gemachten Zeugen erfordert. Ebenso besteht Einverständnis darüber, daß unverzüglich Maßnahmen getroffen werden müssen, um eine Wiederholung derartiger Vergehen zu verhüten. Ueber die Einzelheiten des beiderseitigen Zusammenwirkens insbesondere über die Form der Beteiligung des bairischen Untersuchungsleiters sind die Erörterungen noch im Gange.

## Neue Bluttat der Franzosen in Koblenz.

Koblenz, 4. Okt. Einige junge Leute, die von Ehrenbreitstein her über die Brücke nach Koblenz gingen, gerieten mit einer Anzahl französischer Zivilisten in eine Schlägerei, weil die Franzosen den Zutritt eines jungen Mannes an seine vorangegangenen Kameraden irrthümlicherweise auf sich bezogen hatten. Bei der Schlägerei zog einer der Franzosen ein Messer und schlug einem zwanzigjährigen Manne eine furchtbare Schnittwunde zu, die die Wange vom Ohr bis zum Munde durchschnitt. Außerdem erhielt der Verletzte noch Messerschneide in den Oberarm. Auf der Feuerwehrt wurden dem jungen Manne Notverbände angelegt. (Z.N.)

## Neuyorker Ablehnung der Kölner Stresemann-Rede.

Neuyork, 4. Okt. Die Rede des Reichsaussenministers Dr. Stresemann in Köln wird stark abgelehnt kommentiert. Das „Journal of Commerce“ erklärt: „Angesichts der Washingtoner Erklärungen könne kaum noch ein Zweifel bestehen über die Opposition der amerikanischen Washingtoner Kreise gegen den Plan der Ausgabe der Eisenbahnbons.“

# Trocki Arm in Arm mit der Opposition.

## Mahregeln der Sowjets angekündigt.

Moskau, 4. Okt. (Telegraphen-Agentur der Sowjet-Union.) Die Oppositionsführer Sinowjew, Trocki, Kadel, Pjatakow, Smilga und Sapronow begeben sich trotz der Beschlüsse der kommunistischen Partei über die Unzulässigkeit von Diskussionen über die Partei in einer Moskauer Fabrik, um dort eine Diskussion einzuleiten. Die kommunistischen Arbeiter dieser Fabrik verurteilten aber in einer Entschließung das Auftreten der Oppositionsführer. Das Moskauer Komitee forderte das Zentralkomitee auf, gegen die Mitglieder des Zentralkomitees, die die Parteibeschlüsse verletzt haben, Maßnahmen zu treffen.

## Krajsins Annäherungsversuche in London

Moskau, 4. Okt. Meldungen aus London zufolge verlaufen die Bemühungen Krajsins, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und England zu verbessern, zufriedenstellend. Auch die politischen Verhandlungen Krajsins sollen nicht ganz ergebnislos verlaufen sein. Man vermutet hier, daß es Krajsin in absehbarer Zeit gelingen wird, die englischen Dominions zu bewegen, die Sowjetregierung anzuerkennen. Allerdings ist die Hauptaufgabe Krajsins, eine neue parlamentarische Delegation zusammenzubringen und sie zu bewegen, nochmals Rußland zu besuchen, einzuweilen an der Partinädigkeit des konservativen Parteiausschusses gescheitert. (Z.N.)

Amerika mühte ja mehr als verrückt sein, wenn es sich zum Geldbeutreiber Frankreichs oder anderer Staaten machen wollte.

Die „New York Times“ meint, es sei wenig diplomatisch, wenn der Minister eines Landes den Staatschef eines anderen Landes auffordere, zu erklären, ob er tatsächlich das meine, was er sage. Kaltes Schweigen sei das Beste, was Stresemann von Washington verlangen könne. Eine maßgebende Washingtoner Persönlichkeit habe erklärt, Washington könne nicht daran denken, sich mit dem Plan der Eisenbahnbons zu befassen. Das scheint Stresemann nichts gemacht und ihn zu dem Appell an Coolidge veranlaßt zu haben. Damit sei allerdings nicht gesagt, daß die Bons nicht von Privaten angenommen werden könnten. Bekanntlich gilt es hier als strenge Regel, daß die Regierung jede internationale Finanzaktion entweder billigt oder nicht billigt, so daß also jede Aktion von ihrer Zustimmung abhängig ist. Amerika habe natürlich, so schreibt die „New York Times“ weiter, trotz des linken Auftretens Stresemanns ein ehrliches Interesse an einer deutsch-französischen Annäherung. Amerika sei bereit, jedem Plan zur Befriedung Europas seine moralische Unterstützung zu leisten, aber Washington wüßte nicht mehr ausländische Bons in der amerikanischen Schatzkammer aufzuspeichern. (Z.N.)

## Die wirtschaftliche und industrielle Rüstungsfähigkeit.

Der Bericht der Genfer Unterkommission.

Genf, 4. Okt. Die Militärkommission der Vorbereitenden Abwehrkommission hat ihre Beratungen über die wirtschaftliche und industrielle Rüstungsfähigkeit wider Erwarten in wenigen Stunden zu Ende geführt. Das Resultat ist ein Bericht mit allgemeinen Feststellungen, welche Vor- und Nachteile die Bevölkerungszahl, der Besitz von Rohstoffen, der Zugang zum Meere, die Wichtigkeit des Eisenbahnnetzes, die geographische Lage, die Behinderung von Industriezentren in den Hauptstädten usw. für die Rüstungsmöglichkeiten eines Landes haben. Ein äussermächtiger Vergleich dieser Faktoren ist nicht versucht worden. Die Bewertung des Kriegsbudgets als Grundlage für den Vergleich der Rüstungen, eine Frage, die auch erledigt wurde, wird von keiner Seite sehr hoch eingeschätzt, weil die Kosten für den Mannschaftsunterhalt, für die Anschaffung des Kriegsmaterials usw. sehr ungleich sind. Immerhin wollen Frankreich und seine Anhängerkstaaten darin einen indirekten Vergleichsfaktor sehen, während alle anderen Delegationen einen solchen indirekten Vergleichsfaktor als unnützlich betrachten, da man genug direkte Vergleichsfaktoren besitze. (Z.N.)

## Englischer Vorstoß gegen die Gewerkschaften.

London, 4. Oktober. In dieser Woche wird in Scarborough die diesjährige Tagung des Nationalverbandes der Konservativen und der unionistischen Vereinigung stattfinden. Die Regierung wird auf dem Kongress um Durchführung folgender Maßnahmen ersucht werden:

1. Abänderung des Gewerkschaftsgesetzes von 1906 in dem Sinne, daß die beamteten Mitglieder der Gewerkschaften verantwortlich gemacht werden für die durch die Durchführung ihrer Lohnpolitik angerichteten Schäden.
2. Der Pakt über die politische Gewerkschaftsabgabe, der den Liberalen 1913 durch die sozialistischen Drohungen abgezwungen wurde, soll abgeändert werden.
3. Geheimne Abstimmungen unter einer unabhängigen Autorität vor jeder Streikerklärung sollen für jede Gewerkschaft obligatorisch sein.
4. Die Vollmachten der Streikposten sollen begrenzt werden.

Man erwartet, daß der Premierminister in seiner Rede am Donnerstag diese Fragen berühren wird. Die konservativen Delegierten erwarten, daß ihnen ferner die Gelegenheit gegeben wird, über die Reform des Oberhauses, sowie über die Propaganda von Ausländern im Inlande zu sprechen.

## Die Abreise Lord d'Abernons am 10. Oktober.

Berlin, 4. Oktober. Die Abreise des bisherigen britischen Botschafters in Berlin, Lord d'Abernon, ist endgültig auf den 10. d. M. festgesetzt worden. Der neue Botschafter, Sir Ronald Lindsay, wird am 21. oder 22. Oktober erwartet.

## Sachsen hat das Wort!

Dr. Stresemann hat in seiner großen Rede auf dem Kölner Parteitag der Deutschen Volkspartei die klare Antwort auf die überragende Frage der ganzen deutschen Innenpolitik nach dem politischen Zusammengehen mit den Deutschen Nationalen nicht gegeben. Graf Westarp hatte vor einem Monat am gleichen Ort auf dem Parteitag der Deutschen Nationalen Volkspartei diese Frage offiziell zur Erörterung gestellt, indem er mit der Anerkennung der gegebenen außenpolitischen Tatsachen die Hauptwiderstände gegen eine politische Zusammenarbeit der beiden Parteien aus dem Wege geräumt hat. Er hat damals seine Ausführungen mit den Worten geschlossen: „Die Deutsche Volkspartei hat das Wort.“ Und der volksparteiliche Vorkämpfer der Arbeitsgemeinschaft der Rechten, Dr. Jarres, hatte in der Vorstandsitzung der Volkspartei in Köln diese Frage durch die Forderung unterstrichen, daß der Parteitag zu der deutschnationalen Erklärung, wieder in die Regierung eintreten zu wollen, Klarstellung nehmen müsse. Trotzdem hat Dr. Stresemann in Köln diese klare Antwort vermieden. Er hat auf die konkrete Frage des Grafen Westarp vielmehr geantwortet, daß die Koalitionsbildung Sache der Fraktionen und der politischen Entwicklung sei; und er hat an die Stelle einer Antwort auf die konkrete Tagesfrage der Koalitionsbildung die Darlegung der grundsätzlichen Auffassung der Partei über Zusammenleben und Zusammenwirken der einzelnen Schichten des Volkes gesetzt. Eine Darlegung, die die Grundzüge der Partei als einer nationalliberalen Mittelpartei klar herausmeißelt und Dr. Stresemann das Arbeiten sowohl mit rechts als auch mit links offenhalten sollte. Es wäre ein müßiges Unternehmen, die Rede Stresemanns dahin kommentieren zu wollen, welche Richtung stärker und welche schwächer betont ist. Das ist Sache des politischen Temperaments und der politischen Einstellung des Beurteilers. Dr. Stresemann hat als Grundausfassung der Partei betont, daß für seine Partei der Gedanke des Nähertrretens aller bürgerlichen Parteien zueinander eine Selbstverständlichkeit sei, er hat aber als ebenso grundsätzliche Bereitschaft hinzugefügt zu jeder Verbrüderung mit jedem, der gewillt sei, den Klassenkampf aufzugeben. Daraus kann man gewiß eine grundsätzliche Bereitwilligkeit zum Zusammengehen mit der Rechten um so eher herauslesen, als heute von einer Preisgabe des Klassenkampfgedankens bei der Sozialdemokratie absolut nicht die Rede sein kann. Auf der anderen Seite hat jedoch auch der „Vorwärts“ seine Gründe dafür, wenn er unter ausdrücklicher Ablehnung der „Ausflüsterer“ Auffassung Stresemanns von der Möglichkeit eines sozialdemokratischen Vergleiches auf den Klassenkampf festhält, daß die Rede „eine schroffe Abweisung des konservativ-deutschen nationalen Machtwillens der Ausflüsterer und Ewig-Geistigen“ bedeute. Das eine kann jedenfalls nicht zweifelhaft sein, daß mit der scharfen Herausarbeitung allgemeiner grundsätzlicher Parteistandpunkte die praktische Arbeit an der konkreten Tagesfrage der Schaffung einer homogenen Regierungsmehrheit nicht nur nicht gefördert, sondern im Gegenteil eher gehemmt wird. Die wichtigste Koalitionsfrage droht damit in unfruchtbaren akademisch-theoretischen Erörterungen zu verlanden. Das hat nicht nur der Kölner Parteitag gezeigt, sondern das hat sich auch in der Düsseldorf-Silberberg-Debatte ergeben, die zwar eine starke Opposition gegen die praktisch-politischen Folgerungen Dr. Silberbergs und auch dessen stärkere Betonung der Voraussetzung einer sozialistischen Preisgabe des Klassenkampfstandpunktes zu erkennen gegeben, aber eine rechtlose Klärung der Haltung der Industrie nicht gebracht hat. Es wird darum Zeit, daß die brennende Frage unserer Innenpolitik aus der mehr oder weniger theoretisierenden Behandlung großer Verantaltungen herausgehoben und in der Praxis angefaßt wird. Das Mittel hierzu bieten die städtischen Landtagswahlen, deren Ausgang sämtliche Parteien nicht nur zu praktischer Arbeit zwingen, sondern mit der künftigen Regierungsbildung in Sachsen auch die Haltung der Partei n im Reich maßgebend beeinflussen wird.

Es ist kein Zufall, daß der Führer der Deutschen Volkspartei in Köln eine Besprechung der Verhältnisse in Sachsen an die Spitze seiner innerpolitischen Erörterungen gestellt hat. Denn gerade Sachsen bietet mit seiner Spaltung der Sozialdemokratie in Dreiviertelsozialisten, mit deren eine Zusammenarbeit für keine bürgerliche Partei möglich ist, und in solche, die bereit sind mit dem Bürgertum zusammenzugehen, eine willkommenen Möglichkeit, das Kräfteverhältnis in der Sozialdemokratie festzustellen und daraus zu erkennen